Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.5[illegible] Mk. Postbezug monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1153 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17, Leuden-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 123. Halle, Dienstag den 15. März 1921. Einzelpreis 20 Pfg.

Die Selbstschutzfrage im Reichstage.

Der Umschwung in Rußland.

-er. Aus Stockholm wird unterm 12. März geschrieben: Langsam schälen sich aus dem Rauch und Donner der neuen russischen Revolution bestimmte Tatsachen heraus. Fest steht, daß es keine weißgardistische Verschwörung ist. Das Kronstädter Revolutionskomitee hat dieses Mißverständnis von vornherein energisch zurückgewiesen. Auch fehlt ja jede greifbare Unterstützung der Entente. Es wäre töricht von den gegenrevolutionären russischen Emigranten in Berlin, Paris, London und der Schweiz, vorzeitig zu jubeln. Ihre Stunde ist noch lange nicht gekommen. Ihre Hoffnungen, allzu laut geäußert, würden den Umschwung, der zweifellos im Gange ist, nur stören und den Bolschewisten gefährliche Trümpfe in die Hand spielen. Der jetzige Aufstand ist eine Auseinandersetzung zwischen den Sozialrevolutionären und den Machthabern in Moskau. Wenn die Aufständischen die Parole ausgegeben haben: Alle Macht den Sowjets! so heißt das nichts anderes, als: In den Sowjets sollen alle sozialistischen Parteien gleichberechtigt zur Geltung kommen. Nicht aber darf sich der kommunistische Klüngel weiter anmaßen, allein die staatliche und politische Macht auszuüben. Die Bewegung der Sozialrevolutionäre war in Moskau und Petersburg sorgfältig vorbereitet, die Massenaufzüge mit den Kindern und Frauen an der Spitze (damit nicht geschossen wird) machten einen starken Eindruck. Aber in Kronstadt schlugen die Matrosen nicht früh genug los, und so hatte der „Henker Trotzki", der sich jetzt den Titel „Kriegsmarschall" zugelegt hat, Zeit zum Gegenstoß. Er sandte den ehemals zaristischen Oberleutnant und jetzigen Bolschewistengeneral Tuchatschewski, der den „rote Napoleon" genannt wird, gegen die Kronstädter Aufrührer. Angenommen, die roten Truppen bewähren sich und Trotzki kehrt als Sieger in den Kreml zurück, so ist das bolschewistische Regime doch nicht befestigt. Es wankt auf allen Stützen. Die lächerlichen Dementis, daß in Petersburg und Moskau „vollkommen Ruhe" herrsche, die schwächlichen Zusicherungen, daß auf Verlangen der Arbeiter nunmehr alle Einwohner die gleiche Lebensmittelration erhielten und daß man über den etwaigen Eintritt von Sozialrevolutionären in die Räteregierung mit sich reden lasse, verraten genug. Man hat einfach die Arbeiter und damit die Parteimasse verloren, in denen man bisher regiert hat. Eins von den bezeichnendsten Momenten in Rußland, das jetzt von einer bolschewistischen und vorgeblich sozialistischen Macht regiert wird, ist ja die Tatsache, daß die Zahl der Arbeiterklasse von Monat zu Monat mit katastrophaler Geschwindigkeit sich verringert. Der sozialrevolutionäre Schriftsteller Sokolow, der vor kurzer Zeit aus Rußland gekommen ist, sagt den Rückgang auf ein Fünftelntel. Wir lassen es dahingestellt, wieweit die angeführte Zahl richtig ist, jedoch zeigt eine ganze Reihe von statistischen Angaben, die in der bolschewistischen Presse angeführt sind, daß die Behauptung Sokolows kaum weiter von der Wahrheit entfernt ist. Die chemische Industrie z. B. büßte 80 Proz. ihrer ursprünglichen Arbeiterzahl ein. In der Papierindustrie waren im Jahre 1917 170 000 Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1920 — etwa 18 000. Eine große Anzahl von Arbeitern ist in die Reihen der Sowjetbureaukratie übergetreten, aber noch weit mehr sind in die Dörfer übergegangen. Diejenigen von ihnen, wie es so häufig in Rußland der Fall ist, die den Zusammenhang mit der ländlichen Heimat noch nicht verloren hatten, fangen an, sich mit Ackerbau zu beschäftigen; diejenigen, die diesen Kontakt nicht mehr haben, organisieren in den Dörfern kleine primitiv ausgestattete Werkstätten und fristen davon ihren Unterhalt. In den städtischen Fabriken blieb ein ganz geringer Teil der früher dort beschäftigten Arbeiter zurück: diejenigen, welche vollkommen ihre Beziehungen zum Dorfe verloren hatten, oder aber die, die durch den Verbleib in den Fabriken von der Wehrpflicht in der roten Armee befreit zu werden hofften. Die Flucht der Arbeiter nach den Dörfern hatte die Folge, daß die Bolschewisten zu Zwangsmaßregeln griffen, um die Arbeiter nach den Städten zurückzubefördern. So werden Treibjagden unternommen. Neulich teilte die „Krasnaja Gazetta" mit, daß an einem Tage 95 solcher „mobilisierter" Arbeiter nach Petersburg gebracht wurden, und daß „die Ankunft neuer Partien so langsam vor sich geht, weil nicht genügend Eisenbahnwagen zur Verfügung stehen". Die Arbeiter sind also zum größten Teil Bauern geworden und verstärken so die Opposition gegen die städtische Räteregierung. Es ist durchaus glaublich, wenn von der finnischen Grenze berichtet wird, daß 50 000 solcher Bauern, die früher Arbeiter und Soldaten waren, unter dem bisherigen bolschewistischen Kommandanten Antonow, der zu der Bauernpartei übergetreten ist, im Anmarsch gegen Moskau seien. Kerenskis einstiger Kriegsminister Boris Wigdorowitsch Sawinkow, der nebenbei gesagt als Anstifter des Mordes am Grafen Mirbach gilt, läßt ebenso wie Kerenski selbst wieder von sich hören. Er prophezeit für das Frühjahr einen großen Bauernaufstand und in weiterer Folge die Wiederaufrichtung der Monarchie unter einem Bauernzar. Das klingt wie eine phantastische Geschichtsberechnung des jetzt vielgenannten Freiherrn von Stromer-Reichenbach, hat aber viel für sich, wenn man die tieferen Ursachen des derzeitigen russischen Aufstandes erkennt.

Sigard Lunde.

Die Reparations-Gesetze.

Der Wortlaut der Gesetzvorlage über die Einziehung der Reparationsbeträge, welche dem englischen Unterhause vorgelegt wurde, ist nunmehr veröffentlicht worden. Die Hauptpunkte dieser Vorlage sind folgende: Die Kaufleute, welche deutsche Waren in England einführen, werden verpflichtet sein, an die Hauptverwaltung der Zölle und Steuern einen gewissen Teil des Wertes dieser Waren abzuführen, der nicht über 50 Prozent hinausgehen soll und dessen Höhe von Zeit zu Zeit durch das Schatzamt bestimmt werden wird. Die Beamten der Zollverwaltung werden alle so erhobenen Summen auf eigens zu diesem Zweck eröffnetes Habenkonto verbuchen und diese Beträge werden zur Abdeckung der von Deutschland durch den Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen verwendet werden. Diese Bestimmungen werden nicht auf deutsche Waren zur Anwendung gelangen, die nur zur Wiederausfuhr nach Deutschland eingeführt worden waren und die nur im Durchgangsverkehr oder zum Umladen nach dem Vereinigten Königreich kommen. Die Beamten der Zollverwaltung werden den Wert der Waren selbst bestimmen. Falls es hierüber zu Streitigkeiten kommen sollte, werden sie der Zuständigkeit eines vom Reichsschatzamt bestimmten Schiedsgerichtes unterbreitet werden. Die Beamten sollen das Recht haben, genaue Einzelheiten über die Art und Herkunft der eingeführten Waren zu verlangen. Solche Kaufleute, welche vor dem 8. März Verträge über die Einfuhr deutscher Waren unterzeichnet haben, können sich an den Obersten Gerichtshof wenden, um die vorläufige Einstellung oder Aufhebung der gerichtlichen Maßnahmen zu verlangen, welche eine Folge der Durchführung dieser Verträge sein würden, aber nur in dem Falle, daß die Betreffenden in Gemäßheit der Bestimmungen dieser Verträge Opfern ausgesetzt sein sollten. Das neue Gesetz ermächtigt den Board of Trade, die Zahlungen, die an die Kommissare zu leisten sind, herabzusetzen, oder auch bestimmte Waren von Zahlungen zu befreien, und zwar auf Grund eines Urteils eines Sachverständigenausschusses, der vom Board of Trade ernannt werden wird.

Italien macht nicht mit.

„Tempo" schreibt: Die angedrohte Abgabe von 50 Prozent werde nur die Einstellung des Handels mit Deutschland für diejenigen Länder zur Folge haben, die sie einführen werden. Unter diesen werde sich aber Italien nicht befinden. — „Corriere d'Italia" ist ebenfalls der Meinung, die getroffenen Maßnahmen würden nicht die Macht haben, Deutschland von seinem Beschluß abzubringen. Die militärische Besetzung und die Einrichtung der Zollgrenze werden aber den Alliierten wahrscheinlich viel mehr kosten als Nutzen einbringen, da sie vorläufig die Spesen selbst zu tragen hätten. Es ist daher unbedingt notwendig, sowohl für die Entente als für Deutschland bald eine Verständigungsbasis zu finden.

Die Treue der Rheinländer.

Am Sonntag mittag trat in Düsseldorf der 60. rheinische Provinziallandtag zusammen. Auf Befehl des französischen Oberkommandierenden der Besatzung nimmt ein französischer Offizier an den Beratungen teil. In seiner Eröffnungsansprache wies Oberpräsident Frhr. Grotte auf die wichtigsten Vorlagen hin: gutachtliche Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes über die erweiterten Selbständigkeitsrechte der Provinzen und Vornahme der Wahlen zum preußischen Staatsrat. Er schloß mit den Worten: Ueber das, was in dieser Stunde die Herzen der Rheinländer am tiefsten bewegt und am schwersten bedrückt, kann ich nicht frei zu Ihnen sprechen. Ich beschränke mich darauf, Ihnen noch einmal das Wort in Erinnerung zu rufen, das vor einigen Tagen von höchster Stelle des Reiches an alle deutschen Mitbürger gerichtet worden ist: „Ehren zusammenschmieden soll uns dieses Leid zu einigem Fühlen, zu einigem Wollen." (Allgem. Bravo.) Ich stelle fest, daß diese Worte auch in den Herzen der Rheinländer einhelligen und kräftigen Widerhall finden. Mit dem innigen Wunsche, daß auch Ihre Beratungen und Beschlüsse von dem einigen Fühlen und Wollen getragen sein mögen und daß sie trotz der unsagbar schweren Zeit unserer teuren Heimat und dem ganzen Vaterlande zum Segen dienen mögen, erkläre ich den 60. Provinziallandtag für eröffnet.

Das Zentrum und die Regierungsbildung.

Ueber die Stellung des Zentrums zur Regierungsbildung in Preußen gibt folgender von der Fraktion nach gründlicher Besprechung gefaßter Beschluß unzweideutig Aufschluß: Ein Stelle der alten nunmehr zu schwacher Koalition verlangt die Zentrumsfraktion aus vaterländischen Rücksichten eine neue Koalition unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei zur alten Koalition.

50000 deutsche Güterwagen in Polen zurückgehalten.

Die Polnische Gesandtschaft in Berlin hat die deutscherseits abgegebene Erklärung, daß in Polen etwa 50000 deutsche Güterwagen zurückgehalten werden, in längeren Ausführungen bestritten. Die deutschen maßgebenden Stellen halten jedoch ihre Darstellung, die auf genauen rechnungsmäßigen Unterlagen beruht, aufrecht und erklären dazu noch Folgendes:

Zur Zeit befinden sich in Polen über 82 000 deutsche Güterwagen, von denen etwa 30 000 beim Rückzug aus Kongreß-Polen und bei der Abtretung der posenschen und westpreußischen Gebiete zurückgelassen sind. Der Rest von ungefähr 50 000 Wagen wird von den Polen unberechtigter Weise zurückgehalten. Es ist richtig daß infolge eines gewissen deutsch-polnischen Wechselverkehrs und wegen des über polnische Linien geführten Kohlenverkehrs aus Oberschlesien nach deutschen Gebieten und Danzig ständig eine gewisse Menge deutscher Güterwagen sich in Polen befinden muß. Dabei handelt es sich aber nur um wenige tausend Wagen. Sogar die Reparationskommission hat am 6. Januar 1921 erklärt, daß zu dem Kohlenverkehr von Oberschlesien durch Polen 8500 deutsche Gütermagen auf polnischen Linien genügen. In der Erklärung der Polnischen Gesandtschaft ist dieser Beschluß unrichtig wiedergegeben. Denn er stellt keineswegs fest, daß sich zu wenig deutsche Gütermagen in Polen befinden. Der Beschluß der Reparationskommission, der ohne Anhörung der deutschen Eisenbahnverwaltung und ihrer Meinung nach ohne genügende sachliche Begründung gefaßt ist, ist im übrigen beanstandet worden. Auf jeden Fall wird jedoch auch durch diese Notwendigkeiten des Nachbarverkehrs die polnische Wagensichuld von 50 000 Wagen keineswegs erklärt und entschuldigt. Sie ist anscheinend vor allem dadurch verursacht, daß Polen im großen Umfange deutsche Güterwagen zu militärischen Zwecken benutzt hat.

Oberschlesien.

Die deutschen Zeitungen Oberschlesiens veröffentlichen in ihren Sonntagsausgab n folgende bedeutsame Erklärung der oberschlesischen Montan-Industrie:

Die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens steht unmittelbar bevor. Wir halten es daher für unsere Pflicht, die oberschlesische Bevölkerung und vor allem die nach vielen Hunderttausenden zählenden Industriearbeiter und -angestellten mit ihren Familien auf die unheilvollen Wirkungen einer etwaigen Zuteilung Oberschlesiens an Polen für die Industrie, für das Land und für seine Bevölkerung hinzuweisen.

Besser als andere übersehen die Führer der Industrie die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zusammenhänge und wissen deshalb, daß in einem vom Deutschen Reich abgetrennten Oberschlesien unsere Gruben und Hütten, die gesamte übrige Industrie und Handel und Gewerbe durch den Wegfall der Lieferungen aus dem Deutschen Reich und durch den Verlust der reichsdeutschen Absatzmärkte lahmgelegt werden.

Damit würde das gesamte oberschlesische Wirtschaftsleben nicht nur in seiner bisherigen Aufwärtsbewegung aufgehalten werden, sondern sogar zum größten Teil verkümmern. In Oberschlesien würden dann Arbeitslosigkeit, Not und Elend herrschen.

Sollten Teile des Abstimmungsgebietes Polen einverleibt werden, so würde noch größeres Unheil diese Teile treffen.

In keinem Fall gibt es Mittel, die schweren Folgen abzuwenden.

Oberschlesiens Industrie und Wirtschaft sind im Zusammenhang mit Deutschland entstanden; sie sind im Verbande mit der deutschen Industrie zu ihrer Blüte entwickelt; sie sind nur lebensfähig im Deutschen Reiche und müssen getrennt von ihm verderben.

Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben. — Bismarckhütte Aktiengesellschaft. — Borsig-Werk Aktiengesellschaft. — Konsolidierte Gleiwitzer Steinkohlen-Grube. — Czerniger Steinkohlen-Bergbau-Aktiengesellschaft. — Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohle-Werke Aktiengesellschaft. — Fürst von Donnersmarcksche Generaldirektion. — Fürstlich Plessische Generaldirektion. — Generaldirektion der Grafen Henckel von Donnersmarck. — Gräflich von Ballestremsche Güterdirektion. — Gräflich Schaffgotsch'sche Werke G. m. b. H. — Hohenlohe-Werke Aktiengesellschaft. — Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb. — Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft. — Oberschlesische Eisenindustrie Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb. — Oberschlesische Kokswerke und Chemische Fabriken A.-G. — Oberschlesische Zinkhütten-Aktiengesellschaft. — Rybniker Steinkohlen-Gewerkschaft. — Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb. — Steinkohlen-Gewerkschaft „Charlotte". — Vereinigte Königs- und Laurahütte Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb. — Gewerkschaft „Waterloo" (Steinkohlen-Bergwerk „Eminenz").

*

Zahlreiche Abstimmungsberechtigte, die bereits über die erfolgte Eintragung in die Stimmlisten benachrichtigt wur-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210315018/fragment/page=0001

den und sogar schon die Stimmkarten besitzen, erhalten jetzt, nachdem die Einspruchsfrist längst abgelaufen, von dem interalliierten Büro die Nachricht, daß ihre Eintragung aus irgendwelchen Gründen nicht erfolgt sein soll. Hier liegt anscheinend ein grober Unfug vor. Jeder in die Liste eingetragene, insbesondere jeder Abstimmungsberechtigte der Kategorie B, der eine Stimmkarte erhalten hat, kann abstimmen. Es lasse sich also niemand abhalten, die Reise nach Oberschlesien anzutreten.

Oberschlesier reist vor dem 18. März

Die Zentralstelle für die technische Durchführung der oberschlesischen Abstimmung bittet noch einmal dringend alle Reichsdeutschlesier, folgendes zu beachten: Die ersten Tage des Transportverkehrs haben den Beweis erbracht, daß zahlreiche Stimmberechtigte nicht die ihnen zugewiesenen Züge der ersten Tage benutzt haben, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach erst in den letzten Tagen vor dem Abstimmungstermin fahren werden. Wir sehen uns daher veranlaßt, auf die Folgen dieses Verfahrens hinzuweisen, aus nachstehenden Gründen: 1. Kann durch die Besetzung der Züge vorwiegend in den letzten Tagen über das bei der Ausschreibung der Fahrscheine vorgesehene Maß hinaus die ganze Transportbewegung in Frage gestellt und somit das Abstimmungsergebnis zu unseren Ungunsten beeinflußt werden. 2. Entsteht für die Reisenden selbst ein Nachteil dadurch, daß sie gezwungen sind, infolge der Ueberfüllung große Unbequemlichkeiten auf sich zu nehmen. Aus diesen Gründen möchten wir alle diejenigen Personen, deren Abstimmungsfahrschein nicht für die letzten Tage ausgestellt ist, davor warnen, solche Tage zu benutzen und ihnen empfehlen, unter allen Umständen schon vor dem 18. März ihre Reise anzutreten.

Glänzender Verlauf der oberschlesischen Transporte.

Die Zentralstelle für die technische Durchführung der oberschlesischen Abstimmung teilt der „Dena" mit: Begünstigt durch das herrliche Frühlingswetter, begeistert begrüßt von der deutschen Bevölkerung, eilen die Sonderzüge der Abstimmungsberechtigten aus allen Gauen Deutschlands ihrem Ziele entgegen. Reibungslos, pünktlich und ohne Zwischenfälle vollzieht sich der Transport. Heute Montag, 6 Uhr morgens, lief ein Sonderzug in Breslau ein, der die ersten Abstimmungsberechtigten aus Danzig mitbrachte. Sie waren seit Sonnabend mittag unterwegs, hatten eine 20stündige Seefahrt bei prachtvollem Wetter und waren über die festliche Fahrt durch Deutschland begeistert.

Aus Oberschlesien wird uns berichtet, daß auch dort der Transport reibungslos und ohne Zwischenfälle verläuft. Die Paßkontrolle wickelt sich glatt ab und wird sogar gehandhabt. An einem Grenzübergang dauerte die Abfertigung von 920 Personen nur 20 Minuten.

Auf den Bahnhöfen wird nach Entgegenkommen der Interalliierten Kommission nunmehr auch vielfach schon Kaffee und warme Suppen gereicht. Die übrige Verpflegung wird in den Restaurants und Privatquartieren bereit gehalten.

Die Abstimmung derjenigen Beamten und Stimmberechtigten, die am 20. März mit Rücksicht auf dienstliche Abhaltung nicht abstimmen können, ist gestern bereits vonstatten gegangen. Sie wies eine überaus große Beteiligung auf und verlief ohne jeden Zwischenfall.

Wir erinnern die Stimmberechtigten nochmals daran, daß ihre Passierscheine die eigenhändige Unterschrift des Inhabers tragen müssen. Wo noch nicht geschehen, ist dies vor Ueberschreitung der Grenze nachzuholen.

Anträge auf Erteilung von Passierscheinen

(auch für Reisebegleiter) können auch jetzt noch gestellt werden, und zwar sind sie an das zuständige interalliierte Kreisbüro zu richten. Dem Antrag müssen zwei Lichtbilder beigefügt sein. Reisebegleiter haben in ihren Anträgen anzugeben: Personalien, wen sie begleiten müssen und warum (ärztliche Bescheinigung beizufügen), wo der zu Begleitende abstimmt und von wo und bis wohin sie die Personen begleiten sollen.

Deutscher Reichstag.

83. Sitzung vom 14. März 1921, nachm. 1 Uhr.

Haus und Tribünen sind zu Beginn der Sitzung nur schwach besetzt.

Am Ministertisch u. a. Reichsminister Dr. Simons.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des

Reederei-Abfindungsgesetzes.

Abg. Bartz (Komm.) protestiert nochmals gegen das Gesetz, das erneut einen Volksbetrug versuche, denn zu den bereits gezahlten 6½ Milliarden sollten noch 4½ Milliarden hinzugezahlt werden. Unerhört sei es, daß man die zu Liebesgabe einen sozialen Anstrich zu geben suche. Von einer Notlage der Reeder könne keine Rede sein. Die Vereinbarung der Massen, die durch das Gesetz noch verschärft werde, sei den bürgerlichen Parteien ebenso wie den Rechtssozialisten auf das Konto zu schreiben. Die hohen Dividendenziffern der Reedereien bewiesen, daß sie sich auch nicht einmal vorübergehend in Not befinden.

Das Gesetz wird sodann mit den Zusätzen und Entschließungen angenommen. Für die Schlußabstimmung bezweifelt Abg. Dr. Levi die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Löbe schätzt sich dem Zweifel an und bricht die Sitzung ab. Die neue Sitzung wird auf 5 Minuten später, also 1¼ Uhr angesetzt. Schluß 1,40 Uhr nachm.

84. Sitzung nachmittags 1¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung der heutigen zweiten Sitzung steht als erster Punkt die Weiterberatung des

Haushalts des Wiederaufbauministeriums

und der Ergänzungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Löbe mit, daß die Abstimmung über das Reedereiabfindungsgesetz etwa um 4 Uhr stattfinden und namentlich sein wird.

Abg. Dr. Wienbeck (Dn.) meint, an die Spitze des Ministeriums gehörten Leute, die in energischerer Weise als bisher vorgingen und neben den innerpolitischen Zusammenhängen auch auf das internationale Gebiet achteten. So seien endlich die Interessen der Auslandsdeutschen einmal energisch zu wahren. Hier seien aber noch 25 000 Ersatzanträge unerledigt. Deutschland allein könne freilich den gesamten Wiederaufbau der Welt nicht leisten. Alle Kulturvölker müßten hieran beteiligt sein. Was wir bislang geleistet haben, sei größtenteils Schiebern zugute gekommen. Es wird verlassen, daß die Gegner selbst einen großen Teil der Schuld an den Zerstörungen haben. Insbesondere haben wir den Franzosen viele wertvolle Dauerbauten eingerichtet und überlassen, die mit angerechnet werden müssen. Wenn wir nicht bald dazu gelangen, von Regierung zu Regierung uns zu verständigen, besteht die Gefahr, daß die private Spekulation die Initiative ergreift und damit einer wüsten Schieberei Tür und Tor öffnet. Unsere deutsche Qualitätsarbeit, die sich den Bedürfnissen Frankreichs und Belgiens anpaßt, wird sich als unentbehrlicher Kulturfaktor erweisen. Wir danken dem Minister Simons, daß er in seiner letzten Rede schon eine Art Propagandaprogramm gegeben hat. Der Wiederaufbau ist die größte wirtschaftliche Tat, die zu leisten ist. Hoffen wir, daß deutscher Tatkraft dieses Werk gelingen wird. (Beifall.)

Abg. Dauch (D. Vpt.): Wir würden es für gefährlich halten, wenn die Wiederaufbauaufgabe dem Reichsministerium überlassen werden sollte. Das Wiederaufbauministerium hat gute Arbeit geleistet, aber wir müssen ihm noch größere Sparsamkeit empfehlen für Aemter, die längst dazu reif sind, in Schönheit zu sterben. Nicht ausgeschlossen sollte aber die Kolonialverwaltung werden, denn in der Mandatsfrage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Beim technischen Wiederaufbau muß verbindert werden, daß dämit sich wieder Kriegsbeginn durch übertriebene hohe Preise Schiebergewinne erzielt werden. Das Reichsausgleichsamt rechnet mit einer siebenjährigen Lebensdauer. Wir wünschen seinen früheren Abbau. Das Vorentschädigungsverfahren muß bei den Auslandsdeutschen sofort verbessert werden. (Sehr richtig!) Von dem Güteraustausch mit dem Ausland hängt heute das Leben unseres Volkes ab. Darum müssen wir den Außenhandel wieder aufbauen.

Abg. Kniest (Dem.): In den Fragen des Wiederaufbaues muß die Verwaltung vor allem den Organisationen des Handwerks und Gewerbes größeres Vertrauen schenken bei Vergebung der Aufträge für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Die Entschädigung der Auslandsdeutschen muß beschleunigt werden.

Staatssekretär Müller: Das Wiederaufbauministerium hat die rein wirtschaftliche Aufgabe, die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages durchzuführen. Wir wollen in weitestem Umfange das deutsche Handwerk, die deutsche Industrie und den deutschen Handel bei Lieferungen heranziehen. Freilich sind die Schätzungen in letzter Zeit weniger stark angefordert worden. Wir befinden uns im Einklang mit den deutschen und französischen Arbeiterorganisationen bei diesen Plänen. Aber bei der französischen Regierung haben wir damit noch keine Gegenliebe gefunden. In der Frage der Entschädigung der Auslandsdeutschen wird neuerdings in einem rascheren Tempo gearbeitet. Unsere Organisationen werden abgebaut, sobald das irgendwie möglich ist. Wenn das Reedereiabkommen angenommen ist, wird sich dieser Abbau sehr beschleunigen lassen. Der Apparat des früheren Kolonialministeriums muß in der einen oder anderen Form aufrechterhalten bleiben. Wir haben die Hoffnung, früher oder später wieder in den Besitz von Kolonien zu kommen, noch nicht aufgegeben.

Abg. Fries (Komm.): Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs kann nur vom internationalen Proletariat geleistet werden. Auf dem Wege des Kapitalismus wird es nie zum Wiederaufbau kommen.

Damit schließt die Aussprache.

Der Haushalt des Wiederaufbauministeriums wird sodann nach unwesentlicher weiterer Debatte bewilligt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags:

Verbot der Selbstschutzorganisationen.

§ 1 verbietet Vereine aller Art, die ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauch von Militärwaffen ausbilden oder üben und sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hinzielen. § 2 verbietet es Unterrichtsanstalten, Universitäten, Kriegervereinen, Schützenvereinen, Sport- und Wandervereinen, überhaupt Vereinen aller Art, sich mit militärischen Dingen zu befassen, sowie sich mit dem Reichswehrministerium oder einer anderen militärischen Behörde in Verbindung zu halten.

Minister Dr. Simons betont, daß er nur für die politische Begründung des Entwurfs verantwortlich sei, nicht für die Einzelheiten, um die er sich infolge der Vorbereitungen für die Londoner Konferenz nicht habe kümmern können. Ueber die technische Seite des Entwurfs werde sodann der Minister des Innern sprechen. Da die bisherigen Bestimmungen über die Entwaffnung nicht genügt hätten, müßten wir uns aufs neue mit dieser Frage beschäftigen, die namentlich seit den Tagen von Spa akut geworden sei. Man hat uns eine Frist für die Durchführung der Entwaffnung gestellt. Die Folge war die Konferenz der bundesstaatlichen Minister. In London ist die Angelegenheit wegen des vorzeitigen Scheiterns der Reparationsverhandlungen nicht zur Besprechung gelangt. Die Ansicht, als ob mit dem Scheitern der Verhandlungen auch die Forderung der Entwaffnung hinfällig geworden, kann die Regierung nicht teilen. Wir dürfen unsere Stellung nicht noch schwerer machen, als sie schon ist. Wir kennen z. B. die Schlagen, mit denen die Abstimmung in Oberschlesien erschwert worden ist. Wir wissen, wie die politischen Agenten arbeiten. Wir andererseits werden uns aber trotz an die Vorschriften für die Abstimmung halten, um keinerlei Vorwand gegen uns zu liefern. So steht es auch mit dem Friedensvertrag. Wir haben versprochen, ihn zu erfüllen; dies werden wir tun, aber auch nicht mehr. Manchen Leuten steht ja freilich noch nicht genügend darin. Die Befürchtung Bayerns, als ob gegen Bayern noch etwas besonders Bösartiges geplant sei, ist übertrieben. Es handelt sich hier um gewisse Maßnahmen, die notwendig werden, um verbotene Handlungen zu verhindern. Dem haben wir in dem Gesetzentwurf Rechnung zu tragen. Die Auflösungsfrage mit dem Vereinsrecht zu verbinden, war nicht möglich, weil das letztere hierzu nicht ausreicht. Das Reich greift in die Zuständigkeit der Länder ein, was nicht mußte aber sein, weil das Reich die Verantwortung trägt. Wir haben getan, was wir tun konnten.

Abg. Hofmann-Kaiserslautern (Soz.): Auffällig ist, daß die beiden Worte „Selbstschutz" und „Einwohnerwehr", die im ersten Entwurf standen, im vorliegenden Gesetz peinlich vermieden sind. (Hört, hört!) Außerdem verlangen wir im Interesse der Aufklärung völlige Klarlegung des Brief- und Notenwechsels mit der bayerischen Regierung. Die bayerische Presse und mit ihr die Demokraten machen in einer höchst auffälligen Weise scharf. Dabei sehen sie nicht, daß das eine wesentlich Gefahr für neue Besetzungen, ja für die Einheit des Reiches ist.

Abg. Ebler v. Braun (Dn.): Nach unserer Meinung haben wir bezüglich der Entwaffnung bereits alles getan, was nach dem Versailler Friedensvertrag die Entente von uns fordern konnte. Diese Ansicht hat die Regierung bisher auch vertreten. Nun kam das Pariser Diktat, das in Bayern ebensolche Entrüstung hervorgerufen hat wie im ganzen Reiche. Wir haben keine Verpflichtung, das Pariser Diktat zu erfüllen, nachdem die Londoner Verhandlungen gescheitert sind. (Sehr richtig! rechts.) Eine Vertragsgrundlage kann nicht gut von dem verlangt werden, der selbst den Vertrag offenbar gebrochen hat. Dieses Gesetz ist ein Ausnahmegesetz gegen Bayern. Die Dinge liegen in Bayern ganz anders, als man im Reiche erkennt. Wir benötigen unsere Einwohnerwehren, um die notwendige Ordnung im Innern aufrechterhalten. Die Welt hat keine Achtung vor einem Volk, das immer nur auf andere hofft. Wir lehnen das Gesetz ab. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. Bell unterbricht hierauf die Beratung, um die vorher ausgesetzte namentliche Abstimmung über das Reedereiabfindungsgesetz vorzunehmen. Das Ergebnis ist folgendes: Es haben abgestimmt 301 Abgeordnete, davon 238 mit Ja, 60 mit Nein, 3 enthalten. Das Gesetz ist angenommen.

Die Beratung des Entwaffnungsgesetzes wird fortgesetzt.

Reichsminister Koch: Ich stehe als Kabinettsmitglied voll auf dem Boden des Gesetzes. Die Gründe für seine Einbringung liegen nicht auf innerpolitischen, sondern außenpolitischen Gebiet. Alle Selbstschutzorganisationen sind verboten, wenn sie mit kriegsmäßigen Waffen ausgerüstet sind. Herr v. Braun irrt, wenn er meint, das Gesetz widerspreche der Verfassung und greife in die Rechte der Einzelstaaten ein. Wir wollen ja durchaus gar nicht wissen, was in dem Gesetz steht. Es würde eine Katastrophenpolitik sein, wenn wir in diesem Punkt die Ausführung des Friedensvertrages verweigerten.

Abg. Soldmann (U. S.): Die Reden der beiden Minister waren voller Widersprüche. Wenn man die Entwaffnung längst durchgeführt hätte, wäre dieses Gesetz überflüssig. Aber man hat nur den Arbeitern die Waffen abgenommen, den gegenrevolutionären Elementen in Bayern sie aber gelassen. In Bayern ist alles ganz ruhig. (Zuruf rechts: Infolge der Einwohnerwehren!) Das Gesetz ist nicht vollkommen und bedeutet in vielen Punkten eine Kapitulation der Reichsregierung vor dem Ministerium Kahr. Wir müssen aber unbedingt die Vorschriften des Friedensvertrags erfüllen. Der vorliegende Entwurf ist völlig unzulänglich. Deshalb lehnen wir ihn in der gegenwärtigen Fassung ab.

Abg. Haenn (Dem.): Die Frage der Entwaffnung und der Abfassung aller bayerischen Rechte muß sehr vorsichtig behandelt werden. Ist es schlimm oder ist es undemokratisch, wenn Hunderttausende die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags als besonders drückend empfinden? Wir müssen die außenpolitischen Folgerungen Rechnung tragen.

Reichsminister Dr. Simons: Ich bestreite, daß ich irgendwie in Differenzen mit dem Reichsminister Koch befinde. Das Pflichtgefühl gegen das deutsche Vaterland hat mich bewogen diesen Entwurf einzubringen. Auch mir wäre es lieber, wir brauchten uns nur mit innerpolitischen Fragen zu befassen. Jedenfalls liegt es mir fern, den Standpunkt, als seien wir zu nichtmehr verpflichtet, einzunehmen. Selbst wenn wir die technischen Mittel dazu besäßen, würde ich Bedenken tragen, unsere junge Mannschaft, die wir noch besitzen, nochmals einzuexerzieren, es sei denn im äußersten Falle. (Beifall.)

Abg. Remmele (Komm.) bezeichnet die blau-weiße Schmach als viel unerträglicher als die schwarze Schmach und erregt dadurch einen Sturm der Entrüstung. Laute Pfuirufe ertönen. (Vizepräsident Bell ersucht den Redner, derartig provozierende Ausrufe zu unterlassen.) Abg. Remmele wiederholt den Ausdruck nochmals, wodurch erneute, minutenlange Lärmszenen hervorgerufen werden. (Vizepräsident Bell ruft den Redner zur Ordnung, als dieser im Laufe der Rede und insbesondere der Reden den Vorwurf des Hochverrats macht. Als Redner dann die Vorlage einen Schwindel zur Täuschung der öffentlichen Meinung nennt, wird er aufs neue verwarnt.) Redner kommt sodann auf die Verordnungen des Reichspräsidenten zu sprechen. Entweder habe der Präsident mit schwindeln wollen, oder aber, wenn er es wirklich ehrlich gemeint habe, sei der Sinn seiner Verordnungen von den unteren Organen in das Gegenteil verdreht worden. Der Entwurf sei für seine Partei unannehmbar.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.): Hofmann hat die ganze Sache lediglich vom deutschen Reichsstandpunkt aus ins Auge gefaßt. Die bisherige Mehrorganisation, die der Abgeordnete Hofmann geschaffen hat, hat aber einen ganz anderen Charakter gehabt und ist erst allmählich unter dem Minister Geßler und v. Kahr zu einer militärischen Einrichtung geworden. Er beantragt Ueberweisung an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die Weiterberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) teilt mit, daß ein Antrag der Koalitionsparteien vorliege, das Kapitel „Reichswanderungsamt" an den Hauptausschuß zurückzuweisen.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. Weiß (Dem.) bespricht die Anstellungsverhältnisse und die Ausweisung der elsaß-lothringischen Beamten. Weiter behandelt er die Ausgestaltung des Reichsarchives und die Tätigkeit der Technischen Nothilfe. Dem Herrn Minister gebührt unser Dank, daß er sich so lebhaft der deutschen Wissenschaft angenommen hat. Die meisten Studierenden befinden sich jetzt in schwerer wirtschaftlicher Notlage. Bei der frei schaffenden Wissenschaft muß es nicht heißen Zentralisation, sondern Dezentralisation, zu der sich auch der Minister bekannt. Für das Reich müsse ein einheitliches Schuljahr eingeführt werden. Der Reichsschulausschuß darf nicht mit den Mitteln kargen für die Wissenschaft. Wir wünschen die verständnisvolle Durchführung des Reichsschulgesetzes. Die allgemeine Entfernung des Religionsunterrichts wäre ein großer kultureller Rückschritt. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Eine Reform des Religionsunterrichts muß aber auch durchgeführt werden, ebenso eine Reform der Lehrerausbildung.

Abg. Dr. Levi (Komm.): Der Minister Koch ist ein Militärautokrat, der mit den Gewaltmitteln der alten Schule arbeitet (Beifall und Händelklatschen b. d. Komm.) Redner polemisiert dann gegen die einseitige Haltung des Ministeriums gegen die kommunistische Partei und sodann gegen den deutschen Parlamentarismus.

Abg. Leicht (Bayer. Vpt.) meint, was unserem Volk fehle, sei der sittliche Ernst, das Pflichtbewußtsein. Der Etat sei ihm zu materieller Natur. Segensreiche Erfolge von einer Zusammenlegung der Reichsministerien erwarte er nicht. Der Religionsunterricht in der Schule ist nicht zu entbehren. Nach der Verfassung ist er ordentliches Lehrfach. Zu einem großzügigen Siedlungsgesetz ist es jetzt nicht an der Zeit.

Abg. Ahrens (Deutsch-Hannov.): Eine Neugliederung des Reiches unter Autonomie der einzelnen Provinzen ist notwendig, gerade wie sie Oberschlesien gewährt wurde.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dem.) begründet namens des 1ser-Ausschusses einen Antrag, die von der Regierung zur Beratung der Verwaltungsreform vorgeschlagene gemischte Kommission möge bestehen aus dem Reichsminister des Innern als Vorsitzenden, 8 Reichstagsmitgliedern und 4 Reichsratsmitgliedern.

Abg. Mumm (Dn.) begründet seinen Antrag, die Regierung möge auf die Länder Sachsen und Hamburg dahin einwirken, daß die Befragung der Erziehungsberechtigten so erfolgen möge, daß nur diejenigen Kinder dem Religionsunterricht fernbleiben, deren Eltern dies ausdrücklich verlangen. Die Ostjudenfrage müsse gelöst werden.

Abg. Graf Westarp (Soz.): Für das Jugendhilfsorgan hätten größere Mittel eingesetzt werden sollen. Leider ist das Reichsschulgesetz immer noch nicht vorgelegt. Die Revanchegedanken dürfen nicht den Schulunterricht beherrschen. (Widerspruch des Abg. Beuermann (D. Vpt.) Unsere Kinder sind uns zu gut dazu, ebenso verhetzt zu werden wie die französischen. (Beifall b. d. Soz.)

Morgen 1 Uhr Anfragen, kleinere Vorlagen und Weiterberatung. Schluß 9¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Aus dem Ruhrrevier. Die Betriebsobleute der Bezirkskommissionen des alten Bergarbeiterverbandes haben am Sonntag den für den Ruhrbergbau gefällten Schiedsspruch wegen des Lohn- und Ueberschichtenabkommens einstimmig abgelehnt. Auch in einer Konferenz der Zahlstellenvorstände des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter aus dem gesamten Ruhrrevier wurde dem „Lok.-Anz." zufolge der Schiedsspruch abgelehnt, während er laut „Berl. Morgenpost" angenommen worden sein soll.

Das deutsche Eigentum in Italien. Die Präfekten von Neapel, Reggio, Calabria und Palermo haben durch Bekanntmachungen die Deutschen, die die Freigabe ihres Eigentums in Italien im Werte von weniger als 50 000 Lire beantragen wollen, aufgefordert, diesbezügliche Anträge bis zum 31. März d. J. unter Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten bei ihnen zu stellen.

Prozeß Hiller. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III-Berlin hat die Verhandlung gegen den Oberleutnant Dr. Hans Hiller wegen der Vorkommnisse in den Karpathen, wobei der Kriegsfreiwillige Heimhake gestorben ist, begonnen. Der Prozeß, der bereits das Kriegsgericht, das Oberkriegsgericht und das Reichsmilitärgericht beschäftigte, war Mitte Februar wegen des Ausbleibens eines Zeugen, Kreisarztes Dr. Nowack, vertagt worden. Bei Beginn der heutigen Verhandlung stellte der Vorsitzende fest.

daß Dr. Nowack bei seinem damaligen Ausbleiben kein Verschuldn treffe. Die Ladung sei ihm nach Gelsenkirchen übermittelt worden; inzwischen war er aber nach Kottbus versetzt worden. Er befand sich auf Urlaub, so daß er am 15. Februar nicht in Berlin sein konnte.

Halle und Umgegend.

Halle den 15. März 1921.

Ausdehnung des Städtischen Arbeitsamtes auf den Saalkreis.

Wie der Magistrat mitteilt, hat das Städt. Arbeitsamt Halle die Geschäfte eines Kreisarbeitsnachweises für den Saalkreis übernommen und erhält die Bezeichnung „Städtisches Arbeitsamt Halle, zugleich Kreisarbeitsnachweis für den Saalkreis". Den Einwohnern des Saalkreises stehen fortan die Einrichtungen dieses gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises: — Arbeitsvermittlung, Berufs- und Arbeitsberatung, Lehrstellenvermittlung, Auskunftsstelle über Fragen des Arbeitsrechtes, Abteilung für Auswanderung — in dem gleichen Umfange zur Verfügung wie den Hallenser Einwohnern. Nur für die Zahlung der Erwerbslosen-Unterstützung bleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit.

Die Errichtung von Arbeitsnachweis-Nebenstellen in Könnern, Löbejün und Wettin steht bevor.

Wahl für die Schuldeputation.

Gestern fand die Wahl der Lehrerschaft für die Schuldeputation statt. Es waren 3 Wahlvorschläge eingegangen. Von der Liste Saupe wurde gewählt: Die Herren Rektor Emil Saupe und Lehrer Karl Thomas. Von der Liste Kirchert: Herr Mittelschullehrer Kirchert. Von der Liste Bischoff: Lehrerin Fräulein Marie Bischoff.

Die wirtschaftlichen Assoziationssysteme und die Dreigliederung des sozialen Organismus.

Ueber dieses Thema sprach im Auftrag der hiesigen Ortsgruppe des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus, Herr Direktor Leinhas unlängst im Thaliasaal. Aus dem Vortrag sei Folgendes wiedergegeben:

Leider Wille und Torheit von Menschen hat uns in die Katastrophe des Krieges hineingetrieben; Menschen müssen es sein, die Neues schaffen. Die Unzulänglichkeit und Schwäche des menschlichen Geistes hat ihren Grund darin, daß das Geistesleben in Abhängigkeit vom Wirtschaftsleben und vom Staat gehalten worden ist. Die oberste Bedingung für Erneuerung der Kultur ist vollkommene Freiheit für den geistig Produzierenden und Vertrauen seitens der Aufnehmenden.

Das heutige auf Materialismus und Kapitalvermehrung gerichtete Wirtschaftsleben erhält nicht nur die Massen des Proletariats, sondern auch die geistigen Leiter in Abhängigkeit. Die Leiter üben ihre Tätigkeit nicht aus im Interesse der Gesamtheit, aus ihren geistigen Fähigkeiten und sozialem Bewußtsein heraus, sondern zum Nutzen von Kapitalisten. Andererseits muß der Proletarier seine Arbeitskraft als Ware verkaufen. Diesen Zustand will man begegnen durch die Diktatur des Proletariats, das heißt also, man will ein politisches Schema auf das Wirtschaftsleben anwenden. Wohin eine aus politischen Gesichtspunkten geleitete Wirtschaft führt, hat die Kriegswirtschaft gezeigt, die Verarmung und Erregung in weite Kreise gebracht, das reelle Geschäft geschädigt und das Schiebertum gefördert hat. Die Errichtung des Reichswirtschaftsrats ist ein Beweis dafür, daß das politische Parlament nicht in der Lage ist, das Wirtschaftsleben zu ordnen. Man kommt nur dadurch zu gesunden Verhältnissen, daß man die menschliche Arbeitskraft und das Geistesleben aus dem Wirtschaftsleben herausgelöst.

Die Aufgabe des Wirtschaftslebens umfaßt die Produktion, die Warenzirkulation und den Konsum. Produktion und Verteilung müssen sich richten nach dem Konsum und nicht umgekehrt, wie es heute der Fall ist. Daher kommt es, daß heute unproduktive Arbeit in größtem Ausmaß geleistet wird; mehr als die Hälfte aller menschlichen Arbeit ist unproduktiv. Diese könnte gespart werden bei Produktion nach vernünftigen Gesichtspunkten. Wie im Geistesleben alles auf den Einzelnen ankommt, so kann das Wirtschaftsleben nur gedeihen durch Vereinigung und Zusammenwirken der Gesamtheit. Nur durch Harmonisierung von Konsumtion und Produktion, durch Beseitigung der Uebermacht des Kapitals und durch Heranziehung erster Fähigkeiten an die Spitze kann das Wirtschaftsleben wieder hochkommen. Neben dem freien Geistesleben ein durch die Interessen der Gesamtheit gebundenes Wirtschaftsleben und als Schutzeinrichtung und Regulator des Rechts der Staat — das ist die Dreigliederung des sozialen Organismus. —

Das die wesentlichen Leitgedanken des Vortrages. Unter den Hörern waren augenfällig auch eine ganze Anzahl, denen es nicht entging, daß der Redner zwar blendende Theorien zu entwickeln wußte, aber die Möglichkeit, sie praktisch durchzuführen, nachzuweisen vergaß. Ueber dem schönen Gebäude, das er vor seinen Hörern erstehen ließ, könnte die passende Inschrift stehen: „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen."

Händel-Vereins-Konzert. (Kammer-Konzert.) Das morgen Mittwoch, den 16. März, unter Leitung Professor Alfred Rahlwes in der Aula der Universität stattfindende Kammer-Konzert bringt eine Anzahl höchst wertvoller Kompositionen des 18. Jahrhunderts für Streichmusik und wird besondere Anziehung durch die Mitwirkung der Cembalistin Anna Linde aus Berlin ausüben, die in Stücken von Bach und Händel die glänzenden Eigenschaften des alten Cembalo zeigen wird. Unter großen Opfern ist es dem Händel-Verein gelungen, für diese Aufführung ein ganz hervorragendes Pleyel-Cembalo aus Berlin zu beschaffen, auf dessen eigenartige Klangreize ganz besonders hingewiesen sei. Karten bei Koch und an der Abendkasse.

Bruno Hendrichs Konservatorium für Musik, Theater und Lehrberuf. Die 1. Osterprüfung mit wertvollem Programm findet Mittwoch, 16. März, im Saale des Konservatoriums statt und beginnt um 7½ Uhr.

Familien-Nachrichten.

Verlobte: Helene Bassu, Bbf. Bie'enrode — Erhard Schröter, Delbra. Charlotte Wiegand — Erich Keßler, Gotha.

Vermählte: Artur Sonder, Gelsenkirchen — Friedel Engel, Gotha.

Gestorben: Ida Höfer geb. Bader, 36 J., Görmar. Witwe Friederike Mehler geb. Srichardt. 88 J., Mühlhausen in Thür. Rudolf Klaus, Rögitz. Schriftsetzer Artur Lösche, 26 J., Gotha. Witwe Mathilde Külz geb. Schubert, Dessau. Anna Richter geb. Reinhardt, 36 J., Dessau. Luise Graul geb. Seelmann, Kleutsch. Ida Woigk geb. Gorges, Uebigau. Landwirt Andreas Abel, 70 J., Leckersdorf. Prof. Dr. Hermann Koppehl, Zerbst.

Sport der „Saale-Zeitung".

Kreisversammlung des Oberelbekreises im Kanusport.

Unter zahlreicher Beteiligung der hallischen und auswärtigen Vereine des Oberelbekreises im Deutschen Kanu-Verbande wurde gestern, Sonntag, nachm. 2½ Uhr, die Kreisversammlung abgehalten. Der vom Kreisvorsitzenden Herrn Joest-Halle gegebene Bericht über die erweiterte Ausschußsitzung in Forst zeigte das machtvolle Aufstreben der deutschen Kanubewegung. An sportlichen Veranstaltungen, welche im laufenden Jahre abgehalten werden sollen, ist besonders die Kreisregatta am 26. Juni zu erwähnen. Die Regatta wird, außer den Kreismeisterschaften, international ausgeschrieben. Die Regatta findet auf der unteren Saale mit Ziel Saalschloßbrauerei statt. Mit großer Begeisterung wurde vernommen, daß im Jahre 1922 der Deutsche Kanutag in den Mauern unserer Stadt stattfindet. Der Kanutag ist eine rein kanusportliche Woche mit Austragung der deutschen Meisterschaften, Veranstaltung einer großen kanusportlichen Ausstellung, Kampfspiele, Lichtbilder-vorträgen usw. Der Oberelbekreis wird sich in diesem Jahre eifrig an dem Kanutage in Frankfurt beteiligen, Meisterschaftsrennen besuchen und an der Massenwanderfahrt durch das besetzte Gebiet von Frankfurt, Mainz, Koblenz mit Endziel Köln teilnehmen. Am Niederwalddenkmal, ebenso in Köln ist eine große nationale Kundgebung geplant.

Die Jubelfeier des Oberharzer Skiklubs. Zahlreiche Skifahrer und Winterportfreunde hatten sich am Sonnabend, wie ein eigener Drahtbericht vom Brocken meldet, der ammelt, um das Fest des 25 jährigen Bestehens des Oberharzer Skiklubs in würdiger Weise auf dem Blocksberge zu feiern. Aus allen Kreisen Norddeutschlands, aus Magdeburg, Braunschweig, Berlin, Hannover, Leipzig, Halle hatten die Teilnehmer den Aufstieg nicht gescheut. Von Bad Harzburg, Ilsenburg, Schierke und vom Forsthaus hinauf führten bei herrlichem sommerlichen Sonnenschein gute Aufwerbahnen über etwa 20 Zentimeter zur Brockenkuppe empor. Begrüßungsabend, Festessen und Festkneipe verliefen in bester Weise und hielten die Teilnehmer bis zum Sonnenaufgang bei ammen. Bei herrlichem Frühlingswetter fanden am Sonntag morgen auf dem Brocken die Jubiläums-Skiwettläufe des Oberharzer Skiklubs statt. Die Sieger waren: Klasse I: Fritz Friedrich (Braunlage) in 8:40 Min.; Klasse II: Westrum (St. Andreasberg) mit 9:20 Min.; Alte-Herrenlauf: Klasse I: Otto Reuß (Wolkenhaus) in 9:30 Min.; Klasse II: Lüttich (St. Andreasberg) in 16 Min.; Damen, Klasse I. Frl. Roße Dinkelacker vom Schwäb. Schneeschuhverband in 13 Min.; Klasse II: Frau Dr. Deiner (Wernigerode).

Provinzial-Nachrichten.

Schlopau, 14. März. (Unter dem dringenden Verdachte,) an dem Goldwarendiebstahl in der Villa Mitte beteiligt gewesen zu sein, wurde eine zweite Verhaftung in Lindorf vorgenommen. Der Verhaftete, mit Namen Friedrich, bestreitet bisher jede Beteiligung.

(—) Naumburg, 14. März. (Verurteilung des „Volksboten".) Die Strafkammer verurteilte zwei Schriftsteller des unabhängigen „Zeitzer Volksboten" zu 1 bzw. 3 Monaten Gefängnis, weil sie ein Gerichtsurteil als Klassenjustiz bezeichnet und von Schandurteil und Parteilichkeit gesprochen hatten.

† Bündorf, 14. März. (Von der neunköpfigen Einbrecherbande,) die die Gegend um Lauchstädt unsicher gemacht hatte und neulings erst in Löbejün in der Zuckerfabrik einen Einbruch verübt und 80 000 Mk. gestohlen hatte, ist ein Hauptbeteiligter, der Arbeiter Kurt Petzold, in seiner Wohnung in Bündorf verhaftet worden. Nur durch die Geistesgegenwart des Gendarmen wurde der Spitzbube, der mit einer Armeepistole auf den Beamten schießen wollte, rechtzeitig entwaffnet.

*** Sangerhausen, 14. März.** (Brand eines Schulhauses.) Am Donnerstag früh brannte es im Schulhause der Mittelschule an der alten Promenade, in dessen Aula am Abend vorher erst noch die Stadtverordnetenversammlung bis ½12 Uhr getagt hatte. Aus den Fenstern einer Schulstube des östlichen Flügels loderten helle Flammen. Als die Hausmeisterin um 5 Uhr den Ofen heizen wollte, schlugen ihr die Flammen entgegen. Obgleich die Feuerwehr sofort anrückte, wurden noch zwei obere Schulzimmer beschädigt, da auch das Deckengebälk brannte. Zwei Schulzimmer brannten aus.

*

Der Verkehr nach Wiesbaden. Wie uns von amtlicher Seite aus Wiesbaden mitgeteilt wird, ist der Verkehr vom unbesetzten nach dem besetzten Gebiet noch ausdrücklicher Erklärung der Kreisdelegierten der H.J.C. keinerlei Einschränkungen unterworfen. Für die Reisenden, die Wiesbaden aufsuchen wollen, genügt nach wie vor als einzige Legitimation der deutsche Paß mit Lichtbild.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Das Dynamitattentat auf die Siegessäule.

Weitere Dynamitfunde. — 50000 Mark Belohnung

Berlin, 14. März. (Eigene Drahtnachricht.) **Der Berliner Polizei ist es gelungen, heute an verschiedenen Stellen Berlins große Mengen von Dynamit zu beschlagnahmen. In der Angelegenheit des Anschlages auf die Siegessäule wurden bisher sechs Personen verhaftet, denen zum Teil nachgewiesen werden konnte, daß sie an diesem Attentatplan beteiligt waren. Es handelt sich aber nur um Deutsche. Das Attentat dürfte nur zum Teil auf politische Gründe zurückzuführen sein. Die Berliner Kriminalpolizei setzt ihre Nachforschungen mit großem Eifer fort. Sie werden insofern erleichert, als auch in Frankfurt a. M. vor einigen Wochen ein Paket gefunden wurde, das Dynamit enthielt. Das benutzte die Polizei als Angelpunkt, und es gelang ihr im Laufe des heutigen Tages eine Spur aufzufinden und festzustellen, daß die in Frage kommenden Personen nicht nur ein Attentat auf die Siegessäule verüben wollten, sondern auch andere Denkmäler Berlins und verschiedene hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Auge hatten. Es ist aber bisher nicht gelungen, die Angelegenheit restlos aufzuklären. Der Berliner Polizeipräsident hat 50 000 Mark Belohnung für die Ergreifung der Schuldigen als Belohnung ausgesetzt. Die Sprengladung bestand aus 23 großen und sechs kleinen Gelatine-Dynamitpatronen, 4 Perditpatronen und ca. 3 Kg. Pikrinkörpern. Die Sprengstoffe befanden sich in einem braunen verschnürten Pappkarton mit Blechecken und der Aufschrift: Dr. S. Oetkers Saucenpulver mit Vanillegeschmack.**

Wie die Sachverständigen, die den Inhalt des in der Siegessäule vorgefundenen Sprengpaketes untersucht haben, dem „Achtuhr-Abendblatt" mitteilen, wäre durch eine Explosion nicht nur die Siegessäule vollständig in Trümmer gelegt worden, sondern auch das Bismarck-Denkmal, das Kroll'sche Etablissement und der auf den Königsplatz hinausgehende Flügel des Reichstagsgebäudes wären demoliert worden. Hunderte von Menschen, die bei dem schönen Wetter um die Siegessäule herum standen, wären ums Leben gekommen.

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Mecklenburg.

DA. Schwerin, 14. März. (Eigene Drahtnachricht.) **Die Landtagswahlen in Mecklenburg hatten nach halbamtlicher Quelle bisher folgende Ergebnisse: Deutschnationale 61 507 (bisher 14, jetzt 12 Mandate), D. V. P. 51 685 (bisher 10, jetzt 10 Mandate), Dorfbund 14 853 (früher 3, jetzt 3 Mandate), Wirtschaftsbund 13 907 (früher 2, jetzt 2 Mandate), Demokraten 12 200 (früher 2, jetzt 4 Mandate), Sozialdemokraten 115 126 (früher 23, jetzt 26 Mandate), U. S. P. 2385 (früher 5, jetzt 0 Mandate), K. P. D. 13 924 (früher 0, jetzt 3 Mandate). Aus 170 Wahlbezirken stehen die Ergebnisse noch aus, die noch etwa 6 Mandate angeben werden. Davon erhalten höchstwahrscheinlich Deutschnationale 1 Mandat, D. V. P. 1 Mandat, Sozialdemokraten 3 Mandate, Demokraten 1 Mandat. Es stehen somit 29 Mandate der Rechten gegen 29 der S. P. D. und Demokraten. Die Kommunisten mit ihren 3 Stimmen würden also ausschlaggebend sein. Man hofft aber, einzelne demokratische Mitglieder des Dorfbundes mit in die Regierung hinein zu bringen, damit die alte Koalition bestehen bleibe, kann.**

Polnische Quertreibereien.

DA. London, 14. März. (Eigene Drahtnachricht.) **Der sich gegenwärtig in London aufhaltende polnische Gesandte Graf Sobanski hat im Auftrage der polnischen Regierung der englischen Regierung eine Note überreicht, in der die polnische Regierung jegliche Verantwortung für die Folgen des Beschlusses über die gleichzeitige Abstimmung der Auswanderer und der Einwohner von Oberschlesien ablehnt.**

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Lage des Eisenmarktes des Lahn- und Dillgebietes im Februar 1921.

Die Lage des Roteisensteinmarktes im Monat Februar 1921 war ueverus flau. Die Forderung hat sich gegenüber dem Vormonat nicht geändert. Neue Abschlüsse wurden nicht getätigt, da die Hochofenwerke im Rheinland, Siegerland und zum Teil auch in Oberschlesien eine große Zurückhaltung an den Tag legten. Lediglich der Ueberschlesische Bezirk veränderte, daß der große Teil der Forderung auf die Halde gestürzt werden mußte. Das Eisengießereigewerbe beobachtete große Zurückhaltung. Die Beschäftigung war wiederum recht gering. Sollte dieser Zustand noch längere Zeit andauern, werden erhebliche Betriebseinschränkungen und Arbeitsstreckungen oder auch Stillegungen unvermeidlich sein.

Noch wesentlich ungünstiger war die Lage auf dem Brauneisensteinmarkte. Für marganhaltigen Brauneisenstein von der Lahn war eine Nachfrage so gut wie gar nicht vorhanden, so daß viele Betriebe stillgelegt werden mußten. Im Betriebe befindliche Gruben stürzten die ganze Produktion auf Halde. Eine Besserung ist für die nächste Zeit nicht voraussehen. Unter dem Druck der Verhältnisse mußte die Belegschaft im Brauneisensteinbergbau weiter verringert werden, was zu einer Verschärfung des Angebots von Arbeitskräften beitrug. Trotz der anerkannt ungünstigen Lage des Eisensteinbergbaus erhoben die Arbeiterorganisationen neue Lohnforderungen, die zurückgewiesen werden mußten.

Die Absatzverhältnisse für Vogelsberger Basalteisenstein unterschieden sich nur wenig; der Versand war auch hier unbefriedigend. Eine Besserung ist in der nächsten Zeit nicht zu erwarten.

Westdeutsche Bodenkreditanstalt. In der Generalversammlung der Westdeutschen Bodenkreditanstalt in Köln wurde die sofort zahlbare Dividende auf 6 Prozent festgesetzt. Die turnusgemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Herren Kommerzienrat Adolf Lingens (Köln), Bankier Moritz Lipp (Breslau), Reg.-Ass. a. D. Dr. D. Wilhelm de Weerth (Elberfeld) wurden wiedergewählt.

Barmer Bankverein in Barmen. Der Aufsichtsrat beantragt aus 39,7 Mill. Mk. Reingewinn die Verteilung einer Dividende von 10 Prcs. gegen 8½ Proz. i. V. auf das erhöhte Aktienkapital. Außerdem ist beschlossen worden, das Aktienkapital um weitere 50 auf 200 Mill. Mk. zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen vom 1. Januar 1921 dividendenberechtigt sein. Der Ausgabekurs, der sich um etwa 120 Proz. herumbewegen dürfte, steht noch nicht fest.

Akt.-Ges. Lauchhammer in Riesa. Die Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von 25 Mill. Mark ab 1. Januar dividendenberechtigter Aktien, die von einem Konsortium zu 246 Proz. übernommen und den Aktionären im Verhältnis von 1 zu 1 zu 250 Proz. angeboten werden. Außerdem wurde die Verwaltung ermächtigt, 30 Mill. Mark 5proz. bis spätestens 1951 tilgbare Teilschuldverschreibungen auszugeben. Die neuen Mittel dienen zum Ausbau des Werkes. Die Gesellschaft sei auf längere Zeit noch ausreichend beschäftigt. Der Geschäftsgang sei der Martlage entsprechend befriedigend. Das Zusammenarbeiten mit den Linke-Hoffmann-Werken gestalte sich für beide Teile angenehm und vorteilhaft.

+ Wagenstellung. Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle a. d. S., den Stationen der Lausitzer, Zschipkau-Finsterwalder und Dessau-Cörlitzer Bahn sind am 12. März zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlenbriketts, Naßpreßsteinen und Braunkohlenkoks gestellt 6343, nicht gestellt 8 Wagen zu je 10 To. Ladegewicht.

Kaligewerkschaft Johannashall in Johannashall bei Beesenstedt. Die außerordentliche Gewerkenversammlung, die unter dem Vorsitz von Bankier Schüler (Bochum) in Kassel stattfand, beschloß, den Grubenvorstand zu ermächtigen, die Werke Johannashall und Wils nach eigenem Ermessen vorübergehend stillzulegen, und die den Werken zugewiesene gesetzliche Beteiligungsziffer bestmöglichst zu verwerten, nachdem die bisherigen Bestände quotenmäßig verwertet sind. Sollte der Vorstand aber zu der Ueberzeugung kommen, daß eine Fortführung der Betriebe im Interesse der Gewerken liegt, so wird er ermächtigt, eine Zubuße bis zur Höhe von 5 Mill. Mk. in noch festzusetzenden Zeiträumen von je 1000 Mk. pro Kux einzuziehen.

Oberschlesische Portland-Zement- und Kalkwerke Akt.-Ges. in Groß-Strehlitz. Der Aufsichtsrat schlägt 30 Proz. Dividende gegen 10 i. V. vor.

Krise in der französischen Seidenindustrie. Infolge schlechten Geschäftsganges entließen die Spinnereien im Bezirk Montpellier zwei Drittel ihres Personals.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 14. März 1920.

Chemnitzer Bankverein	200,00	Mansfelder Kuxe	4760,00
Leipziger Hypoth. Bank	147,50	Oelsnitzer Kuxe	880,00
Mitteld. Privatbank	202,00	Pittler, Leipzig	480,00
Crölwitzer Papierfabk.	—	Prenitzer Stamm-Akt.	—
Glauziger Zuckerfabk.	604.00	" Priorit.-Akt.	—
Gr. Leipziger Straßenbahn	6,00	Riebeckbier " Vorzugs-Akt.	190.00 114,00
Hallesche Zuckerraff.	321,00	Rositzer Zuckerraff.	361,00
" Zementfabk.	158,00	Rudelsburger Zementfabk.	165,25
Hugo Schneider, Paunsd.	361,00	Sachsenwerk	333,00
Körbisd. Zuckerfabk.	700,00	Sondermann u. Stier	216,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	388,00	Stöhr u. Co.	506,00
Leipziger Maizlabrik	220.00	Zimmermann, Halle	170,00
		Zimmermann, Chemnitz	264,50

Verantwortlich i. d. polit. Teil: Gustav Jacob Margella; für den politischen Inhalt: Eugen Prinzmann; für Provinzialnachrichten: Eugen Prinzmann; für Textbeilagen, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermisches, Gerichtswesen: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: H. Gerlings. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H. Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210315018/fragment/page=0003

Berliner Fondsbörse vom 14. März.

Die Börse eröffnete die neue Woche wiederum in einer ausgesprochen festen Haltung. Das Geschäft war zeitweilig sehr lebhaft infolge der Teilnahme sowohl des hiesigen, als auch des Provinz-Publikums. Außerdem beurteilte die Spekulation die politische Lage nicht ungünstig; sie ist insbesondere bezüglich des Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien zuversichtlich gestimmt. Die oberschlesischen Werte sowie der Bankaktienmarkt, dieser in Erwartung günstiger Abschlüsse, standen im Mittelpunkt des Interesses. Am Devisenmarkt war dagegen das Geschäft weiterhin ruhig und die Kurse eher leicht abgeschwächt. Dollarnoten wurden vor Fesstellung der amtlichen Notierung mit 62 à 61¾ gehandelt.

Am Montanaktienmarkt waren von westlichen Werten vor allem Hoesch (+ 20 pCt.) und Mannesmann begehrt. Bei den übrigen Papieren hielten sich die Kursaufbesserungen im Rahmen von 6 pCt. Oberschlesische Werte waren mit Ausnahme von Bismarckhütte durchweg, und zwar zwischen 7 und 12 pCt. gesteigert. Unter den sonstigen Industriepapieren herrschte Nachfrage für Rheinmetall, Orenstein u. Koppel und Köln-Rottweiler sowie Augsburg-Nürnberg, während Zellstoff Waldhof und Hirsch Kupfer angeboten blieben.

Unter den chemischen Papieren standen „Oberkoks" mit einer 32prozentigen Kursaufbesserung im Mittelpunkt des Interesses. Die Werte des Anilinkonzerns waren ebenfalls stärker gesteigert, dagegen Goldschmidt vernachlässigt. Elektrowerte leicht anziehend.

Kaliwerte nicht einheitlich. Unter den Kali-Nebenwerten Mansfelder Kuxe mit 4800, Ronneberg mit 252 und Heldburg mit 262 weiter anziehend.

Petroleumwerte ruhig; Deutsche Petroleum nach einer anfänglichen leichten Kursaufbesserung mit 770, Deutsche Erdöl mit 950 abgeschwächt umgesetzt.

Am Markte der Kolonialpapiere waren Otaviwerte um 40 bzw. 30 M niedriger. Unter den im freien Verkehr gehandelten Papieren waren Südsee Phosphat mit 1800, Sloman mit 1825 behauptet, dagegen Pomona mit 3650 und Kolonialanteile mit 6500 niedriger genannt.

Am heimischen Bankaktienmarkt, auf dem, wie schon oben erwähnt, die Erwartung günstiger Abschlüsse stimulierend wirkte, konnten Deutsche und Commerzbank je 3 pCt., Disconto Kommandit sogar 4 pCt. gewinnen. Die übrigen Werte waren teils behauptet, teils anziehend. Petersburger Internationale Handelsbank 112, Russenbank 94.

Auch der heimische Rentenmarkt war durchweg fest. Sämtliche Reichsanleihen konnten eine Kleinigkeit anziehen; von Consols waren besonders die 3prozentigen gefragt. Ungarn eher rückgängig. Die sogenannten Valutarenten befestigt.

Der Kassemarkt für Industriepapiere zeigte eine feste Haltung, bevorzugt waren Werften, wie Stettiner Vulkan Weser Schiffbau.

Höher wurden: Balcke Maschinen 43, Flensburger Schiffbau 30, Kammerichwerke 27, Wilke Dampfkessel 25, Lindenberg Stahl 35, Vereinigte Glanzstoffabriken 18, Oeking 25, Schönebeck Metall 40, Lüdenscheidt Metall 19, Nordd. Steingut 30, Continental Asphalt 40 pCt. Niedriger wurden: Hutschenreuther 25, Dürener Metall 47, Breslauer Sprit 13, Kahlbaum 13 pCt.

Im weiteren Verlaufe machte die feste Haltung Fortschritte, und nur vereinzelt waren Kursabschläge zu verzeichnen. Es schließen zu den höchsten Tageskursen: Harpener mit 469 nach 465, Hohenlohe mit 290 nach 284 (insgesamt + 18), Laurahütte mit 377 nach 369, Oberbedarf mit 328 nach 322, Elberfelder Farben mit 437 nach 435, Orenstein u. Koppel mit 529 nach 527 und Westeregeln mit 560 nach 555, dagegen leicht nachgebend Daimler mit 245 nach 246, und Buderus mit 618 nach 620.

Nachbörslich war die Haltung nicht mehr ganz einheitlich, da sich besonders am Montanaktienmarkt vielfach die höchsten Kurse nicht aufrecht erhalten konnten.

Die Polnische Valuta weiter abgeschwächt, Kosciuszkonoten 7,32 (vorgestern 7,62½). Kriesnoten mit 13¼ (15) genannt.

Marknotierungen heute: Amsterdam 4,64, Zürich 9,50.

Kurszettel

der Berliner Börse vom 14. März

Die Zahlen vor den Kursen bedeuten bei den festverzinslichen Papieren den Zinsfuß, bei den Aktien die zuletzt ausgezahlte Dividende.

[Share-price tables (Deutsche Anleihen, Preußische Pfandbriefe, Prämien-Anleihen, Hypothekenb. Pfdb., Stadtanleihen, Ausländische Anleihen, Ausl. Eisenb.-Oblig., Industrie Obligationen, Deutsche Eisenb.-Akt., Kleinbahn-Aktien, Schiffahrts-Aktien, Bank-Aktien, Brauereien, Industrie-Aktien) not transcribed: figures not reliably legible at this scan resolution.]

Kolonial-Werte.

		Heute	Vortag
Dt.-Ostafrika	—	221,00	—.—
Kamerun Eb 1000 M.	—	132,50	131,25
do. 100 M.	—	—.—	—.—
South West Ablief.-Sch	—	226,00	231,00

Fortlaufende Notierungen nach amtl. Feststellungen

Festverzinsliche Werte

Reichssch. 14 I	5		Mexikan Anl	5	678-676-478
15 II	5		do do.	4	
17 III	5	99,87	Oesterr. Kr.-Rt.	4	
16 IV.V	4½		do. kv. J. J.	4	
6-9 Agio	4½	72	Türk. unif. 06	4	
fällig 24	4½	91,62	do. 400 fr L	—	436
Dtsch. Reichsanl	5	77,50	Ungar St.-R. 13	4	[illegible]2,25
	4	68,37-68,50	do. do. 14	4	22,50
	3½	66,37	do. Gold-Rt.	4	18,62
	3	67,62-67,50	do. Kr.-Rente	4	18,25
Preuß. St.-Sch. 21	5		Mexikan. Bew.	4	458-460
1. 2. 22	5		Lomb Oblig.	2⁶/₁₆	94,75-94
1. 11. 22	5		do do. neue	—	76,2[illegible]-75,50
ks. Anl	4	66,62-66,50	Anat. Obl. S. 1	4½	
	3½	[illegible]6,50-56,62	do. do. S. 2	4½	
	3	[illegible]3,62			

Verkehrsw.		Fortlauf. Not.	Einh.				
West-Sizil.	—		95,0[illegible]	Dt. Uebersee		1010-1005	1010
Schantung	—	559,50-555	555,00	Dtsch. Kali	25	360-56	356,00
Franzosen	—	137,50	60,25	Dt. Waffen	30	5[illegible]1-76-79	578,00
Lombarden	—		94,00	Dyn. Nobel	16	[illegible]50-46	370,75
Anatol 60%	—			Elberf. Farb	18	435,5[illegible]-37	485,00
Henri	—			Elektr. Licht	0	227½-[illegible]	227,75
Orientbahn	—			Felt. & Guill.	15	488,75-85	488,00
Baltimore	—	439-440	441,00	Gelsk. Brgb.	11	32[illegible],25-524	186,00
Canada	—	576-580	582,00	Ges. f. el. Unt.	8	188-86-87½	324,50
				Goldschmidt	12	792-85-92	793,00
				Harpener	12	470-67-62	466,00
Argo	30		—.—	HirschKupf.	12	366-63-66	264,50
Dt.-Austr. D.	—	397-99-94	394,00	Höchster	14	440-4[illegible]9	400,00
Hbg.-Am. P.	—	188½-88⅛	188,50	Hoesch Eis	24	78[illegible]-772	772,00
Hbg.-Südam	—	408-400	400,00	Hohenlohe	5	284-82-89	292,00
Hansa	—	326-25-26	320,00	KaliAschrsl.	30	356-58-55	355,00
Nordd. Lloyd	8	181-80¾-81	180⅞	Kattowitzer	20	318,75-28	32[illegible],00
				Köln-Rottw	16	36[illegible]-65¾-6[illegible]	365,50
Banken.				Laurahütte	20	367,75-38[illegible]	374⅞
				Lothr. Hütt.	12	415-374,75	405,00
Handels-Gs.	10	241½-241⅛	241,50	Mannesm.	2[illegible]	579-3[illegible]2,75	575,00
Commerzbk.	9	213-213⅛	213,50	Oberbedarf	5	3[illegible]-309,50	26,50
Darmstädter	8	18[illegible]-181,50	181,50	Caro-Hegen	14	301,75-318	309,50
Deutsche	12	298-298,50	298,50	Obschl. Kw	17	514	518,00
Disconto	10	249-2[illegible]0	250,00	Orenstein	16	[illegible]30-525,50	529,00
Dresdner	9	216½-216⅛	216,75	Phönix Bgb.	20	589,50-5[illegible]9	5[illegible]9,00
Mitteld. Cred	8	178[illegible]-179	179,00	Rh. Braunk.	20	655	660,00
Nationalbnk	7	204½-20[illegible]	205,25	do. Mettallw.	0	380-370,50	370,70
Oest. Kredit	11,8	53,62-53,25	53,75	do. Stahlw	2[illegible]	521-22	522,00
				Rombacher	6	330-31¾-25	325,00
Industrieakt.				Sachsenwk	20	[illegible]34-33-39⅜	335,00
				Schuckert	10⅔	236,50-240	240,00
Anilin (Brl.)	18	424,50-425	425,00	S. & Halske	14	[illegible]92-94½	294,50
Adlerwerke	10	248-[illegible]50	250,00	Steaua Rom.	—		875,00
A. E. G.	14	282,50	281,50	Stett. Vulk.	8	339½-8-38⅛	338,00
Anglo C. G.	6	384	384,75	Thale Eisen	50	749,50	749,25
Agsb. Nürnb	12	361⅛-355½	355,[illegible]5	Türk. Tabak			—.—
Bad. Anilin	18	530-527	527,00	WeserSchiff	10	340-42-36	336,00
Bergmann	12	32[illegible]-322-2[illegible]	323,00	Westeregel.	35	55[illegible]-60-45	545,00
Bism.-Hütte	28	[illegible]2[illegible]-685	685,00	Zellst. Wldh	0	477-78-73	473,00
BochumGuß	15	465	164⅛				
Böhler	1[illegible]	468,65	497,00	Kolonialw.			
Buderus	7½	6[illegible]4-615		Neu Guinea	—	550	550,00
Daimler	5	246,50-24[illegible]	244,25	Otavi Minen	—	605-578	
Dt.-Luxemb	15	310-309,5[illegible]	310,00	do. Genußsch	—	[illegible]50-520	520,00

Devisen Reichsbank-Diskont 5%	Bank-Disk	14. 3. Geld	14. 3. Brief	12. 3. Geld	12. 3. Brief
Holland . . . . . Gulden	4½	2153,80	2158,20	2155,30	2159,70
Belgien . . . . . Frank	5	464,00	465,00	464,50	465,50
Christiania . . . . Kronen	7	1015,95	1018,05	1017,4[illegible]	1019,55
Kopenhagen . . . Kronen	[illegible]	1077,90	1080,10	1077,9[illegible]	1080,10
Schweden . . . . Kronen	7[illegible]	14[illegible]0,55	1425,45	1412,05	1414,95
Helsingfors . . . . finn. M	9	165,80	166,20	166,30	166,70
Italien . . . . . Lire	[illegible]	229,75	230,25	229,75	230,25
London . . . . . Lstr	[illegible]	244,75	245,25	245,00	245,50
New York . . . . . Dollars	[illegible]	62,53	62,6[illegible]	62,53	6[illegible],67
Paris . . . . . Frank	[illegible]	443,55	444,45	446,55	447,45
Schweiz . . . . . Frank	[illegible]	[illegible]058,90	[illegible]061,1[illegible]	1060,[illegible]0	1063,10
Spanien . . . . . Pesetas	[illegible]	866,60	86[illegible],40	[illegible]69,10	870,90
Wien alt . . . . . Kronen		—	—	—	—
Deutsch Oest (abgest.) Kr	[illegible]	14,98	15,02	14,23	14,27
Prag . . . . . Kronen	[illegible]	81,[illegible]0	82,10	82,40	82,60
Budapest . . . . Kronen	—	15,25	15,32	14,98	15,02

Kurse um 2 Uhr.

Sparprämienanleihe 88,80, Kriegsanleihe [illegible]7,50, Phönix 580,00, Gelsenkirchen 324,00, Harpener 467,00, Caro 305, Oberbedarf 324,00, Dt. Luxemburg 309,00, Bochumer 470,00, Laurahütte 379,00, Kattowitzer [illegible]28,00, Rheinstahl 522,00, Orenstein & Koppel 526, Otavi-Anteile 595, Canada 580, Schantung 555, Hamburger Paket 188,75, Nordd. Lloyd 181,00, Hansa 32[illegible], Hamburg Süd 400, Kolonial 6600, Pomona 3650, Erdöl 1015, Petroleum 720, Sachsenwerk 238,00.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210315018/fragment/page=0004